

ken über Möglichkeiten und Grenzen der bestehenden Rätestrukturen auf den verschiedenen Ebenen. Insgesamt waren die „Kirchentage“ allerdings weniger ein Spiegel der gegenwärtigen kirchlichen Probleme in den flämischen Bistümern als Gelegenheit zur festlich-fröhlichen Selbstdarstellung. Daß sich die flämischen Katholiken darauf verstehen, hatte der Papstbesuch in Belgien vom Frühjahr 1985 gezeigt (vgl. HK, Juni 1985, 260 ff.), dessen Erfolg ein Anstoß für die Planung der „Kirchentage“ war.

„Nicht gegen Rom und die Bischöfe“

Die *Krisensymptome* im flämischen Katholizismus sind jedenfalls bei genauem Hinsehen unverkennbar: Die Mitgliederzahlen der *katholischen Organisationen* sind zwar nach wie vor sehr hoch (allein die katholischen Frauenvereinigungen haben in Flandern derzeit etwa 550 000 Mitglieder); aber für viele Mitglieder sind die katholischen Einrichtungen im Erziehungswesen, im Sozial- und Gesundheitsbereich primär Serviceorganisationen, die man auch bei nachlassender Kirchenbindung in Anspruch nimmt. Der Anteil der regelmäßigen Gottesdienstbesucher hat

deutlich abgenommen, es fehlt an Priesternachwuchs. Die Auswertung der Europäischen Werteuntersuchung von 1990 für Belgien (unter dem Titel „De versnelde ommekeer“ bei Lanno, Tielt, erschienen) zeigt, daß auch in der (vergleichen mit Wallonien) katholischen Bastion Flandern die Kirchlichkeit im Abnehmen begriffen ist. Dazu kommen die innerkirchlichen Spannungen, auf die der Aufruf des IPB unmißverständlich hinweist.

In einem Gespräch mit der niederländischen Wochenzeitung „de Bazuin“ (23.4.1993) sagte IPB-Präsidentin Agnes Pas über das von ihr geleitete Gremium: „Wir arbeiten nicht gegen Rom und gegen die Bischöfe; aber in der Spannung zwischen Loyalität und Kritik möchten wir so viel wie möglich an unserer eigenen Identität arbeiten.“ Sie äußerte Verständnis für Menschen, die diese Spannung nicht mehr durchhalten, erneuerte aber den Aufruf zum Dialog und das Plädoyer für eine „langsame Gangart“ in den Auseinandersetzungen um den Weg der Kirche. Die Chancen, daß der Dialog im vom Aufruf des IPB gewünschten Sinn zustande kommt bzw. fortgesetzt wird, stehen in der flämischen Kirche in mancher Hinsicht besser als anderswo, ohne daß damit der Erfolg schon garantiert wäre. U. R.

Albanien: Religiöse Freiheit und wirtschaftliche Misere

Am 25. April besuchte Johannes Paul II. Albanien. Der eintägige Besuch galt einem Land, in dem das religiös-kirchliche Leben nach Jahrzehnten massivster Unterdrückung aufblüht. Die wirtschaftliche Situation Albaniens ist allerdings nach wie vor desolat, die demokratische Ordnung noch nicht gefestigt.

Der Gast aus dem Vatikan hat nicht lange auf sich warten lassen. Die Einladung an Papst Johannes Paul II. sprach der albanische Präsident *Salih Berisha* kurz nach seiner Wahl im März 1992 aus. Bei einer Audienz im Vatikan am 6.

Mai 1992 wiederholte er den Wunsch. Der Reiseplan wurde letztlich von Kurienkardinal *Jozef Tomko* und dem albanischen Ministerpräsidenten *Aleksander Meksi* Ende Februar in Tirana festgelegt. So konnte Johannes Paul II. am

25. April reibungslos auf dem Flughafen Rinas bei Tirana landen. Da die Organisatoren eine Warnung aus Italien erhalten hatten, wonach von einer serbischen Gruppierung ein Attentat auf seinen Hubschrauber geplant sei, mußte der Papst die Strecke in die katholische Hochburg Skhoder per Bus zurücklegen.

Ein beachtlicher religiöser Aufbruch

Durch die Weihe von vier Bischöfen, der ersten in Albanien seit einem halben Jahrhundert, die bereits zum vergangenen Weihnachtsfest in Rom ernannt wurden, gab der Papst der leidgeprüften katholischen Kirche in Albanien wieder eine Leitung und eine Struktur. Drei der neuen Bischöfe haben unter dem kommunistischen Regime jahrzehntelange Haftstrafen verbüßt. *Franco Illia* wird das Erzbistum von Skhoder leiten und von Weihbischof *Zef Simoni* pastorale Unterstützung erhalten. *Rrok Mirdita* wurde Erzbischof von Durrës-Tirana und der Franziskaner *Robert Ashta* Bischof von Pulati.

Der eintägige Papstbesuch sollte nicht nur die Wiederzulassung der Religionsausübung und die Auferstehung der Kirche in Albanien besiegeln. Er sollte auch Behauptungen der letzten Monate, Albanien sei auf dem Weg, ein *islamisch-fundamentalistischer Staat* zu werden, entkräften. Solche Befürchtungen wurden auch im Außenministerium in Tirana dementiert: Albanien werde sich trotz einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit – schätzungsweise bis zu 60 Prozent –, nie zu einem islamischen Vorposten in Europa entwickeln; die Mitgliedschaft in der Islamischen Konferenz bedeute keineswegs eine Abwendung von Europa. Im Land der Skulpturen, in dem es nie Religionskriege gegeben habe und in dem die religiöse Toleranz tief verwurzelt sei, fehle der Nährboden, auf dem ein rigider Fundamentalismus gedeihen könne.

Der Papst selbst betonte, er habe mit

seinem Besuch allen albanischen Muslimen, Orthodoxen und Katholiken eine Botschaft der Hoffnung und Ermutigung bringen wollen. Die geistige Wiedergeburt des Landes erfolge unter dem Vorzeichen des ökumenischen Dialogs und der interreligiösen Zusammenarbeit. Noch im März stellte der Leiter des neuen Staatssekretariats für die Religion, der Muslim *Bardhyl Fico*, fest, die katholische Kirche habe zwar zur Zeit großen Zulauf von Orthodoxen und Muslimen, aber dennoch komme es zu erstaunlichen gemeinsamen Aktionen. Die katholische Zeitschrift „E Ardhmija“ (Unsere Zukunft) ermittelte bei einer Umfrage, daß mehr als drei Viertel der jungen Albaner an Gott glauben. Die Hälfte der Jugendlichen bekannten sich zum Islam, 25 Prozent zur orthodoxen und zehn Prozent zur römisch-katholischen Kirche.

Parallel mit dem Aufbau der katholischen Hierarchie entstehen an vielen Orten im Land *neue Gemeinden*. Es besteht großer Nachholbedarf bei der Katechese und der Sakramentspendung. Der religiöse Aufbruch in Albanien zeigt sich äußerlich an der Wiedereröffnung vieler Kirchen, die über Jahrzehnte im selbsternannten „ersten atheistischen Staat der Welt“ als Lagerhallen, Theater oder Kinos zweckentfremdet wurden. Neben Gotteshäusern entstehen auch andere kirchliche Einrichtungen: So hat unter anderen der Salesianerorden im April dieses Jahres eine Berufsschule in Tirana und ein nationales Katechesezentrum in Skhoder eröffnet.

Das Aufblühen im kirchlich-religiösen Bereich hat in der albanischen *Wirtschaft* kein Pendant. Es wird zwar berichtet, daß es infolge der immer größer werdenden Besucherschar oft schwierig sei, ein Hotelzimmer in Tirana zu bekommen. Die Besucher sind vor allem Geschäftsleute, von denen es aber viele bei einer ersten Erkundungsreise belassen. Die albanische Diplomatie ist mittlerweile weltweit bemüht, für ihr Land zu werben, der gewünschte Effekt scheint jedoch noch auszubleiben. Interessenten wie Investoren stoßen näm-

lich immer wieder auf bürokratische Schwierigkeiten, auf immer noch nicht ausgearbeitete und verabschiedete Gesetzestexte sowie auf eine kaum funktionierende Infrastruktur. So reicht der gute Wille der Regierenden nicht aus, die marktwirtschaftlichen Reformen in Albanien in dem vom Volk gewünschten Tempo voranzutreiben.

Noch kein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht

Es ist kein Wunder, daß die regierende Demokratische Partei und Staatspräsident Berisha, dem ein selbstherrlicher Regierungsstil nachgesagt wird, von der oppositionellen Sozialistischen Partei Albaniens immer häufiger kritisiert werden. Allein schon wegen der zahlreichen humanitären *Hilfslieferungen aus dem Ausland* geht es den Einwohnern Albaniens sicherlich nicht schlechter als früher, auch wenn nur etwa dreißig Prozent der Auslandshilfe an die Bevölkerung verteilt werden. Von einem wirtschaftlichen Aufschwung kann aber vorläufig noch keine Rede sein.

Ein albanisches Durchschnittsgehalt beträgt heute rund 1500 Lek (etwa 20 DM). Dafür kann man sich sieben Kilogramm Fleisch kaufen, während ein Paar Schuhe 400 Lek kosten. Das Jahreseinkommen pro Kopf beläuft sich auf etwa 500 US Dollar. Nach offiziellen Angaben soll es beinahe 300 000 Arbeitslose bei einer Einwohnerzahl von 3,3 Millionen geben. Rund 60 Prozent der albanischen Industrie sind stillgelegt, da es an Rohstoffen, Zubehör und Investitionen mangelt. Im August 1992 kam es als ein erster konkreter Schritt der radikalen Wirtschaftsreform der Regierung Meksi zur Freigabe der Preise. Bis Mitte Januar waren davon einige Grundnahrungsmittel wie Speiseöl, Zucker und Reis, Medikamente und Heizöl ausgenommen.

Die Regierung erhielt bisher 600 Millionen US Dollar internationale Finanzhilfe und ungefähr den gleichen Betrag von der *albanischen Diaspora*, aber vor-

allem von den 200 000 in Griechenland, zum Teil illegal beschäftigten Albanern. Anfang April dieses Jahres wurden in Tirana Einzelheiten der deutschen Hilfe festgelegt: Die Bundesrepublik fördert mit knapp 60 Millionen Mark durch Beratungs- und Finanzierungshilfe private Kleinbauern, den privaten Handel sowie die Gründung von Klein- und Mittelbetrieben. All dies scheint aber in einem Land, das nach vier Jahrzehnten kommunistischer Diktatur materiell und geistig so zerstört und verödet ist, bei weitem nicht ausreichend zu sein. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte für Albanien einen jährlichen Bedarf von 300 Millionen US Dollar errechnet.

Die *Landverteilung an Privatbauern*, die bereits im August 1991 per Gesetz beschlossen wurde, ist fast zu 90 Prozent durchgeführt worden; für die 0,3 Hektar, die jedem Albaner zustehen, gibt es aber kaum Saatgut oder Maschinen. Es mangelt außerdem an echten Bauern. Es gibt Traktorfahrer und Erntearbeiter, aber nur wenige, die über das notwendige Wissen zur Bearbeitung des Bodens verfügen. Anfang April dieses Jahres berichtete der Minister für Landwirtschaft und Ernährung, *Rexep Uka*, vor dem Parlament, in den Dörfern seien 400 000 kleine Privatwirtschaften entstanden. Die landwirtschaftliche Produktion werde sich innerhalb kurzer Zeit gegenüber 1991 um 32 bis 34 Prozent erhöhen.

Es gibt zwar in der Hauptstadt eine immer größer werdende Palette von *Printmedien*, die meisten Zeitungen bestehen aber aus zwei oder höchstens vier Blättern. Noch im Juli 1991, kurz nach dem politischen Umbruch, hatte Radio Tirana darauf hingewiesen, daß die albanische Presse radikal erneuert und die alten Dogmen und die leeren Phrasen beseitigt worden seien. Um zu wissen, was eigentlich aus der Pressereform geworden ist, genügt ein Blick in die heutigen Tageszeitungen: Sie enthalten zwar keine Lobreden für eine bestimmte Partei, die meisten von ihnen liefern aber kaum in- und ausländische Informationen, dafür aber ausreichend

Polemik und eine nie enden wollende Kritik an den Führern der gegnerischen Partei. Manche albanischen Leser sprechen sogar von einem „kalten Krieg mittels der Zeitungen“. Die Aufarbeitung der Vergangenheit wird so in aller Öffentlichkeit ausgetragen, ist aber sehr stark personalisiert. Man achtet auf jedes Wort eines Politikers, auch auf seine Biographie, und besonders auf die geschriebenen Worte des Kollegen, um diese dann anzufechten.

Die Wende führte zu einer gewissen Verunsicherung

Von einem Mitarbeiter von Radio Tirana war zu erfahren, daß es parallel zu der politischen Wende auch zu einer Entpolitisierung des albanischen Rundfunks und des Fernsehens kam. Der Umdenkungsprozeß bei den Mitarbeitern geschah jedoch nur allmählich. *Astrit Ibro*, Redakteur beim deutschen Programm gestand im September 1992

ehrlich ein: „Wir waren für diesen Demokratisierungsprozeß unvorbereitet, es fehlte uns die demokratische Kultur. Die Wende geschah sehr schnell, ja blitzschnell und die Menschen, wie auch wir Journalisten, brauchen eine bestimmte Zeit, bis sich dieser Prozeß der Demokratisierung auch in unserem Kopf vollzieht.“

Radio und TV-Tirana betrachte man heute nicht mehr als ein Propagandainstrument oder sogar als Sprachrohr einer bestimmten Partei, wie sie es unter den Kommunisten waren. Aber solange die Demokratische Partei an der Macht sei, werde das Leben in Albanien durch ein strategisches Programm dieser Partei beeinflußt. Radio und TV-Tirana hätten aber seit der Wende eine wichtige gesellschaftliche Rolle bekommen; sie beteiligten sich an der Verbreitung demokratischer Ideen.

Allgemein gesehen hat die demokratische Wende in Albanien zu einer gewissen *Verunsicherung* geführt, wenn auch

positive Ergebnisse zu verzeichnen sind. Es sind soziale Strukturen verschwunden, die den Menschen eine gewisse, wenn auch nicht allzugroße Sicherheit gaben. Manche vermissen die „sozialistische Geborgenheit“, auch wenn sie damals dafür einen zu hohen Preis, ja den der individuellen Freiheit zahlen mußten. Man sollte den Menschen in Albanien vom Ausland aus, besonders von den Staaten, die eine längere demokratische Tradition nachweisen können, zu vermitteln versuchen, daß sozialer Wohlstand nur dann zu erreichen ist, wenn man selber dafür hart arbeitet und die Rahmenbedingungen einer freien, demokratisch strukturierten Gesellschaft genügend schätzen gelernt hat. Das Gefühl, wieder ein Teil Europas zu sein, sollte den Menschen in Albanien nahegebracht werden, damit sie wenigstens einen moralischen Halt bekommen, um so auch einen Ausweg aus der fast hoffnungslosen wirtschaftlichen Situation zu suchen. *J. B.*

Italien nach den Referenden

Der Weg in die zweite Republik wird schwierig

Wirtschaftliche Krisenerscheinungen und Verwerfungen im politischen System machen derzeit allen westeuropäischen Ländern von Großbritannien über die Bundesrepublik bis Spanien zu schaffen. In Italien hat die Krise allerdings ein besonderes Ausmaß erreicht: Das Parteiensystem der letzten Jahrzehnte ist in Auflösung begriffen, immer neue Verstrickungen von Politikern in Korruptionsskandale werden aufgedeckt. Die Bevölkerung hat in den Referenden von Mitte April der „politischen Klasse“ Italiens eine klare Absage erteilt; der Übergang zu einer „zweiten Republik“ kündigt sich an.

Eines stand nach den Referenden vom 18./19. April auf jeden Fall fest: Die 11. Legislaturperiode wird zur kürzesten der ersten italienischen Republik. Ob es auch deren letzte sein wird, ob der seit bald einem Jahrzehnt diskutierte, geforderte, halberzig betriebene, behinderte, durch den Lauf der Ereignisse aber nun doch unausweichlich gewordene Übergang in die „zweite Republik“ in einen überschaubaren Zeitraum gelingt, und vor allem, wie er gelingt, welche politischen Formationen dann den Ton angeben werden und ob Italien je wieder zu mehr politischer und wirtschaftlicher Stabilität zurückfinden kann, bleibt eine offene Frage.

Das Ergebnis der Referenden vom 18./19. April hat alle Voraussagen weit übertroffen. Bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von über 80 Prozent in Nord- und Mittelitalien stimmten 82,1 Prozent und zwischen 60 und 70 Prozent im Süden und auf den Inseln für die Änderung des Wahlrechts bei der Senatswahl (Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts für die Wahl von drei Viertel der Senatoren, Wahl des restlichen Viertels nach dem Verhältniswahlrecht). 90,1 Prozent votierten für die Abschaffung des Gesetzes über die staatliche Parteienfinanzierung. 89,4 Prozent erklärten sich für die Abschaffung der Ernennung der Spitzen der Spar-